



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

07/2016 – 13.05.2016

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

heute ist eine weitere Sitzungswoche des Deutschen Bundestages zu Ende gegangen, in welcher wir unter anderem die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt haben.

Mehr hierzu und weitere Informationen wie beispielsweise zum geplanten "Diginetzgesetz" lasse ich Ihnen auf diesem Weg in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Mit den besten Grüßen für ein schönes Pfingstwochenende

Ihr

www.peterwichtel.de



Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten kommt



(© L. Thiel / BAMF)

In dieser Sitzungswoche des Bundestages haben wir ein **klares Signal an die Menschen aus Marokko, Algerien und Tunesien** gesendet, die nahezu ausschließlich aus ökonomischen Motiven nach Deutschland kommen: Es lohnt sich nicht, sich auf den Weg nach Deutschland zu machen. Die drei Länder werden zukünftig als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Damit

kann das Asylverfahren schneller durchgeführt werden und die Ausreise nach einem ablehnenden Bescheid zügiger erfolgen.

Im letzten Jahr wurden etwa 26.000 Asylbewerber aus diesen Ländern in Deutschland registriert. Einige kamen gezielt, um hier Straftaten zu begehen, die meisten wegen wirtschaftlicher oder sozialer Probleme in ihrer Heimat. Unser Asylrecht ist aber kein Einwanderungsrecht. Es ist auch nicht dafür da, wirtschaftliche und soziale Probleme in den Heimatländern aufzufangen. Die müssen vor Ort mit Unterstützung der Staatengemeinschaft gelöst werden. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Kapazitäten den tatsächlich Verfolgten zu Gute kommen, die ihre Heimat infolge von Krieg oder Verfolgung verlassen und um ihr Leben fürchten. Die Erfahrung mit den Balkanstaaten zeigt, dass eine Einstufung als sicherer Herkunftsstaat unmittelbare Konsequenzen hat: Die Asylbewerberzahlen aus den Westbalkanstaaten sind seitdem drastisch zurückgegangen, seit Sommer 2015 um 90 Prozent.

Weiterführende Informationen zur Asylpolitik der Bundesregierung finden Sie unter anderem unter www.bundesregierung.de.

Schnelles Internet in Deutschland voranbringen

Um das schnelle Internet zügiger auszubauen haben wir in dieser Woche in erster Lesung das sogenannte „Diginetzgesetz“ zur **Reduzierung der Kosten beraten**, die beim Ausbau digitaler Netze entstehen. Das Gesetz setzt auf insgesamt drei Instrumente. Wir verbessern über eine zentrale Stelle bei der Bundesnetzagentur die Informationslage zu mitnutzbarer, schon bestehender öffentlicher Infrastruktur. Zweitens erleichtern wir den Netzbetreibern, etwa Abwasserleitungen, Fernwärmenetze oder Straßen und Schienen mitzunutzen. Auch an mitzuverlegende Leerrohre bei Infrastrukturmaßnahmen ist gedacht. Zusätzlich stellen wir klar, dass bei Erschließungsmaßnahmen in Neubaugebieten immer bereits Glasfaserkabel mitverlegt werden.



(© Rainer Sturm / pixelio.de)

Die große Aufgabe der Modernisierung unserer Telekommunikationsnetze für die neueste Technologie wird durch dieses Gesetz deutlich erleichtert. Es soll in einer der kommenden Sitzungswochen des Bundstages abschließend beraten und verabschiedet werden.

Weiterführende Informationen zum Diginetzgesetz und dem Ausbau digitaler Netze finden Sie auf den Seiten des zuständigen Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur unter www.bmvi.de.

Aktuelles aus dem Plenum



(© Egon Häbich / pixelio.de)

In dieser Woche haben wir **das Gesetz zur Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts** verabschiedet. Um die Umsetzung des Gesetzes in der Praxis zu erleichtern und seine Wirkung zu erhöhen, haben wir in zweiter und dritter Lesung einzelne Regelungen im Sinne einer besseren Umsetzbarkeit weiterentwickelt. Unter anderem passen wir den Begriff der Behinderung an den Wortlaut der UN-Behindertenrechtskon-

vention an. Die Barrierefreiheit soll verbessert werden, etwa beim Einsatz entsprechender Informationstechnik innerhalb der Bundesverwaltung, durch die Benutzung von „leichter Sprache“ oder im Baubereich. Gleichzeitig stärken wir durch ein Einzelpersonen zugängliches kostenfreies Schlichtungsverfahren die Position behinderter Menschen gegenüber Trägern öffentlicher Gewalt. Wir haben darüber hinaus klargestellt, dass die Mitnahme etwa von Blindenhunden oder benötigten Hilfsmitteln stets zulässig ist.

Zudem haben wir die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission in Mali (EUTM Mali)** verabschiedet. Seit Herbst 2015 hält der Waffenstillstand zwischen Rebellen und Regierung in Mali, dennoch ist der malische Staat noch nicht in der Lage, sein Staatsgebiet vollständig zu kontrollieren. Die deutschen Kräfte leisten im Rahmen der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali einen Beitrag zur Wiederherstellung der militärischen Fähigkeiten der malischen Sicherheitskräfte.

Ebenso beschlossen haben wir die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten EU NAVFOR Atalanta** zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias. Mit der Operation sorgt Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern seit 2008 für die Sicherheit vor der Küste Somalias. Seit Beginn der Mission sind die Piratenangriffe stark zurückgegangen, der letzte gelungene Überfall auf ein Handelsschiff erfolgte 2012. Somalia bleibt allerdings eines der größten humanitären Krisengebiete. ATALANTA ist dabei neben Einsätzen wie EUTM Somalia oder der zivilen EUCAP NESTOR-Mission Teil einer Strategie, um den Aufbau eines funktionierenden Staates zu unterstützen und dadurch Ursachen für Armut und Flucht zu beseitigen.

Daten und Fakten

Deutschland attraktivstes europäisches Investitionsziel. Deutschland belegt im 16. Foreign Direct Investment (FDI) Confidence Index, für den die Managementberatung A.T. Kearney jährlich die 1.000 weltweit größten Unternehmen nach den attraktivsten Zielländern für deren ausländische Direktinvestitionen befragt, den vierten Platz und rückt damit gegenüber dem Vorjahr um einen Platz nach vorne. Die USA und China belegen bereits zum vierten Mal in Folge die Spitzenpositionen, gefolgt von Kanada an dritter Stelle. Das Volumen ausländischer Direktinvestitionen hat mit insgesamt geschätzten 1,7 Billionen Dollar wieder das Niveau vor der Finanzkrise erreicht. Die Unternehmen sehen dabei vor allem in Europa große Wachstumschancen – 13 Länder haben es unter die Top 25 geschafft. Angesichts weltweiter Unsicherheiten ist dabei auch ein Trend hin zu Investitionen in hochentwickelte Industrienationen auszumachen: Waren im Jahr 2010 noch mehr als 70 Prozent der im Ranking vertretenen Nationen Schwellenländer, sank deren Anteil nach 50 Prozent in 2013 auf nur noch 20 Prozent in 2015.

(Quelle: FDI Confidence Index 2016)

Energiekosten drücken Verbraucherpreise. Die Verbraucherpreise im April 2016 sind nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamts um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Hauptverantwortlich dafür sind die um 8,5 Prozent gefallenen Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe, die ein Zehntel der Gewichtung ausmachen. Die Preise für Nahrungsmittel hingegen stiegen um 0,5 Prozent, Dienstleistungen waren im Schnitt 0,8 Prozent teurer. Auch die Nettokaltmiete erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 1 Prozent.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – L. Thiel / BAMF
Seite 3 – Rainer Sturm / pixelio.de
Seite 4 – Egon Häbich / pixelio.de